

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 1 (1960)

Heft: 23

Vorwort: Japans Fall : Wohlstand allein ist nicht genug

Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

1. Jahrgang, Nummer 23

Wöchentlich, zweimonatliche Beilage

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Bern

Redaktion und Verwaltung: Dr. Peter Sager, Postfach 1178, Bern-Transit

Jahresabonnement Fr. 20.— Postcheckkonto III 24616, Telephon 277 69 Druckerei: Verbandsdruckerei AG Bern

KAMPFBLATT FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND EIN STARKES EUROPA

JAPANS FALL: WOHLSTAND ALLEIN IST NICHT GENUG

Ministerpräsident Kishi musste unter dem Druck von Demonstranten, darunter besonders Studenten, Eisenhowers Besuch absagen und gleich nach der mit Glück unter Dach gebrachten Ratifizierung des Sicherheitsvertrags mit den USA seinen Rücktritt ankündigen.

Es besteht jedoch keine Parallele zu den jüngsten Ereignissen in Korea und der Türkei, wo Demonstranten, darunter besonders Studenten, den Sturz eines unbeliebten Regimes herbeiführten. In Japan war es ein von Drahtziehern geleiteter Stosstrupp, der einer anders — oder gar nicht — denkenden Mehrheit das Gesetz der Gewalt aufzwang.

Führend war dabei die Zengakuren, eine Studentenorganisation, die angeblich die Hälfte der 677 000 Studenten Japans als Mitglieder zählt. Nach dem Krieg übernahmen immer mehr die Kommunisten die Leitung. Mit straffer Organisation und Taggeldern bis zu acht Franken konnte die Zengakuren etwa 15 000 Studenten mobilisieren. Unterstützt wurde sie von der Sohyo, einem Bund von 22 linksstehenden Gewerkschaften mit 3,5 Millionen Mitgliedern, und von den Sozialisten, die an den letzten Wahlen 13 Millionen Stimmen (gegen Kishis 23 Millionen) erhielten.

Insgesamt dürften knapp 80 000 Menschen demonstriert haben, und bei den letzten, entscheidenden Zwischenfällen, bei denen die Zengakuren besonders aktiv waren, etwa 30 000 — eine geradezu peinliche Minderheit. Doch die Millionen der Weltstadt Tokio und die übrigen Studenten blieben passiv; damit verhalfen sie recht eigentlich der demonstrierenden Minderheit zum Erfolg.

Organisierte Umtriebe von Agitatoren — kommunistischen und anderen — können blos Voraussetzungen schaffen. Diese Voraussetzungen führten in Japan zum Erfolg, weil die Mehrheit nicht wusste und nicht wissen wollte, worum es ging.

Die Demonstration richtete sich in erster Linie gegen den amerikanisch-japanischen Sicherheitspakt. Dabei wurde völlig übersehen, dass der neue Vertrag den für Amerika weit günstigeren von 1951 ersetzt. In Abwesenheit eines neuen Vertrags aber hätte der alte in Kraft bleiben müssen.

Ebenso liessen sich einzelne Pekingfahrer unter den Sozialistenführern davon überzeugen, Peking werde «seine militärische Bindung an die Sowjetunion lösen», also

«neutraler» werden, wenn sich Japan von den USA distanziere.

Japans Politiker leiden noch an veraltetem Wunschenken und unklaren Vorstellungen der Weltlage. Besonders aber leidet die studierende Jugend an Gleichgültigkeit. Es ist noch ein weiter Weg zu den Studenten Ungarns, Südkoreas und der Türkei, die ihr Leben für Freiheit und Recht einsetzen.

Gerade die Desorientierung der Jugend Japans lässt erkennen, dass Wirtschaftswun-

der mit scheinbarer Stabilität nicht genügen, um — wie man Japan seit dem Krieg gerne bezeichnete — «eine Bastion der freien Welt» zu bauen. Abkehr von falschen Idealen ist nur ein erster Schritt — den hat Japan, das sei anerkannt, getan. Was noch fehlt ist das Bekenntnis zu neuen, positiven, politischen Idealen.

Peter Sager.

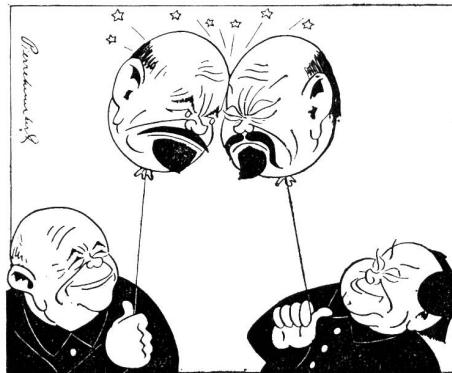
Der Streit Moskau-Peking bedeutet praktisch für den Westen:

Peking ist jetzt die aktive Gefahr

Die Moskauer und die Pekinger Parteipresse führen auch nach der Gipfelkrise den ideologischen Streit (KB, 15. Juni) weiter. Dieser Streit ist äusseres Gewand eines sehr realpolitischen Spiels, dessen Endeffekt den Westen lebenswichtig berührt. «Sowjetskaja Rossija» und «Prawda» nahmen vorletzte Woche als neuesten Kampfanlass den vierzigsten Jahrestag eines Buches Lenins: «Der linke Radikalismus — Kinderkrankheit im Kommunismus.»

Die Linke der deutschen Kommunisten hatte damals den Widerspruch aufgestellt zwischen der «Führerpartei, die den revolutionären Kampf von oben zu meistern versucht, zu Kompromissen ... und Koalitionen bereit», und der «Massenpartei, die ... unter Ablehnung aller ... opportunistischen Methoden nur ... die rücksichtslose Niederwerfung der Bourgeoisie» will. Diese Linke postulierte eine aus den Tiefen des Proletariats aufsteigende, absolute Revolution: «... jeder Kompromiss ... jede Politik des Lavierens und Paktierens ist mit Entschiedenheit abzulehnen.»

Jedem sein eigener Lenin



Lenin verurteilte diese Linke und schrieb (Werke, Bd. 31, S. 55, Dietz, Ost-Berlin, 1959): «Es ist doch unmöglich, dass (sie) nicht wissen, dass die ganze Geschichte des Bolschewismus ... voll ist von Fällen des Lavierens, des Paktierens, der Kompromisse mit anderen, darunter auch bürgerlichen Parteien!»

Auf diesen Vorwurf des «Linksradikalismus» antwortete Peking — obwohl nirgends mit Namen genannt — nach wenigen Tagen in der «Roten Fahne»: «Der Imperialismus wird bis zu seinem Untergang seine Natur niemals ändern; an den Erfolg einer Koexistenz zu glauben, sei «zumindest ein Zeichen naiven Denkens». Ideologische Auseinandersetzungen sind im Kommunismus wichtig. Damit untermauert die Führung die Orthodoxie ihres momentanen Standpunktes vor niederen Parteidern und Massen.»

Der Kommunismus erzieht das Volk in einem starren Dogma, um es, wie mit militärischen Kommandos, straff führen zu können. Praktische Regierungsprobleme sind jedoch nicht mit dogmatischen Formeln zu lösen. Abweichen von eingehämmerten Grundsätzen aber schafft Verwirrung im untern Parteiapparat; das ideologische Plädoyer rechtfertigt durch neue Interpretation die veränderte Linie.

Nach seinen Konzessionen vor Pekings Intransigenz muss der Kreml erstens plädieren, dass seine Handlungsweise weiterhin leninistisch-orthodox ist, und zweitens — da er orthodox ist — den Führungsanspruch im Kommunismus weiter beanspruchen.

Nach demselben Gesetz kam eine Replik aus Peking. Der Westen jedoch möchte wissen, ob Rotchina es in seinem «Linksradikalismus» wirklich auf einen Krieg an-

Fortsetzung Seite 4